



Newsletter Arbeit, Wirtschaft und Häfen, Ausgabe 17, 14.09.2010

Hochseefischerei ökologisch und ökonomisch verantwortlich gestalten

Bei Ausbildungspreis-Vergabe kein Forum für Hetze gegen Hartz-IV-BezieherInnen bieten

Fachkräftemangel nutzen, um allen Jugendlichen einen Ausbildungsplatz zu geben

Liebe Leserinnen und Leser,

mit diesem ersten Newsletter nach der Sommerpause melden wir uns zurück. Zukünftig werden Sie von uns etwa einmal pro Woche lesen. Damit wollen wir Bleiwüsten vermeiden und eine möglichst hohe Aktualität gewährleisten. Eine weitere Neuerung sind Kommentare, Stellungnahmen und Analysen von Abgeordneten zu bestimmten Themen. Den Einstieg macht in diesem Newsletter Frank Willmann mit seinem Kommentar zur Hochseefischerei.

Mit freundlichen Grüßen

Silvia Schön, Frank Willmann, Andrea Quick und Christine Möglin

Hochseefischerei ökologisch und ökonomisch verantwortlich gestalten

Ein Kommentar von Frank Willmann zur EU-Fischereipolitik

Europäische Fischer fangen immer weniger. Zahlreiche Fischarten sind in ihrem Bestand bedroht. Die EU will den Fischfang drastisch einschränken. Die zuständige EU-Kommissarin Damanaki sagte „Spiegel Online“, sie wolle die Fischereiwirtschaft „radikal umkrempeln“. Die Pläne sehen angeblich vor, die Zahl der Fischereischiffe zu halbieren und Subventionen zu streichen. Ohne radikale Reform, so Damanaki, wäre bereits in zehn Jahren kaum noch ein Fischbestand in akzeptablem Zustand. Die bisherige EU-Fischereipolitik ist schlichtweg gescheitert.

Im Nordost-Atlantik sind 40 der 60 wichtigsten kommerziellen Fischbestände überfischt. In Nord- und Ostsee sind es sogar drei Viertel. Viele der für die deutsche Meeresfischerei wichtigen Bestände – darunter Kabeljau, Schellfisch und Scholle in der Nordsee, Dorsch in der Ostsee, Rotbarsch und Seehecht im Nord-Atlantik – sind stark überfischt. Die Überfischung hat bereits jetzt schon konkrete wirtschaftliche Einbußen und Arbeitslosigkeit von Fischern zur Folge.

Zu den Hauptursachen der Überfischung gehört, dass nicht die tatsächlichen Fänge, sondern nur die Anlandungen in den Häfen registriert und gegen die Quoten aufgerechnet werden. In der Nordsee werden jährlich etwa 1 Mio. Tonnen Konsumfisch und 1,2 Mio. Tonnen Industriefische angelandet. Zudem werden aber auch 550.000 Tonnen Meerestiere als Beifang gefangen und überwiegend tot zurück ins Meer gekippt. Dies sind vor allem Jungfische, aber auch Meeressäuger, Seevögel, Haie und Rochen. Sie werden zum größten Teil legal ins Meer zurückgeworfen – also als Discard behandelt. Neunzig Prozent der Fische überleben diesen Rückwurf nicht.

Die Beifang- bzw. Discard-Regelung, wie sie von der EU in der Gemeinsamen Fischereipolitik gebilligt und leider auch befördert wird, erweist sich in der Praxis als unökologisch und unökonomisch. Diese Regelung gehört sofort gestoppt. Um die gnadenlose Ausbeutung der Meere zu stoppen, brauchen wir auch in der EU das Rückwurfverbot für Beifang. Norwegen und Island machen es längst vor: Dort muss alles, was in den Netzen landet, auch an Land gebracht und auf die Fangquoten angerechnet werden. Bei Verstößen drohen empfindliche Geldbußen. Das ist neben der Ausweitung von Schutzzeiten und Schonzonen der richtige Weg. Denn klar ist doch, dass nur nachhaltiger Fischfang auf Dauer die Arbeitsplätze in der Fischerei sichern kann.

Ein Rückwurfverbot zieht ein verändertes System von Fangquoten nach sich. Null-Quoten wären dann nicht mehr angebracht. In Verbindung mit einem Discard-Verbot benötigt man zunächst mal Gesamtquoten. Neben dem Rückwurfverbot brauchen wir Verbesserungen bei den technischen Maßnahmen. Dazu gehören größere Maschenweiten der Netze und sogenannte Fluchtfenster. Baumkuren und Schleppnetze fischen wenig selektiv und beeinträchtigen die Oberfläche des Meeresbodens in erheblicher Weise.

Pilotprojekte aus hohem Eigeninteresse der Fischwirtschaft, wie sie auch die Deutsche See in Bremerhaven unterstützt, sind ein Beitrag zur Nachhaltigkeit eines unserer wichtigsten Nahrungsmittel - dem Fisch. Diesen Weg zu einer nachhaltigen Fischerei muss die EU endlich einschlagen.

Dass dies nun auch Frau Damanaki einsieht, ändert leider nichts an der zum wiederholten Male gescheiterten und bis Ende 2012 feststehenden Fischereipolitik der EU. Für die Fischbestände jedenfalls ist dies irreparabel.

**Bei Ausbildungspreis-Vergabe kein Forum für Hetze gegen Hartz-IV-
BezieherInnen bieten**

www.gruene-fraktion-bremen.de

Der Unternehmensverband AGA will dem emeritierten Bremer Professor Gunnar Heinsohn bei der Verleihung des Ausbildungspreises 2010 in der Stadtwaage die Möglichkeit geben, seine umstrittenen Thesen zu Hartz-IV-BezieherInnen mit einem Festvortrag zu verbreiten. Die Grünen fordern den Verband auf, seine Entscheidung zu überdenken. Dazu erklärt der sozialpolitische Sprecher Horst Frehe: „So jemanden lädt man nicht zur Verleihung eines Ausbildungspreises ein. Heinsohns Thesen haben einen biologistischen Ton. Sie wirken auf mich menschenverachtend. Auch Unternehmen haben eine gesellschaftliche Verantwortung. Dazu gehört sicherlich nicht, der Hetze gegen Hartz-IV-Beziehende ein Forum zu geben. Wir appellieren an den AGA, Heinsohn auszuladen.“

Fachkräftemangel nutzen, um allen Jugendlichen einen Ausbildungsplatz zu geben

Die Zeiten, in denen Unternehmen aus dem Vollen schöpfen und sich ihre AusbildungsplatzanwärterInnen aussuchen können, sind vorbei. Auf dem Ausbildungsmarkt bildet sich eine neue Situation ab: Auf der einen Seite bleiben viele Jugendliche ohne Ausbildungsplatz und drehen Warteschleifen in berufsvorbereitenden Maßnahmen, auf der anderen Seite herrscht ein immer größer werdender Bedarf an gut qualifizierten Arbeitskräften. Viele Unternehmen beklagen, dass sie keine ausreichend vorgebildeten Auszubildenden bekommen. Unser Fazit daraus ist: wir brauchen eine neue Ausbildungskultur, in der Jugendliche ohne oder mit schlechtem Schulabschluss in den Ausbildungsmarkt integriert werden. Bei der demografischen Entwicklung können Unternehmen es sich nicht mehr leisten, einen Teil der Jugendlichen links liegen zu lassen. Diejenigen, die sie gerne hätten, werden künftig vermehrt studieren.

Vor diesem Hintergrund haben wir eine Kleine Anfrage an den Senat gerichtet: http://www.buergerschaft-bremen.de/drs_abo/KIA-2010-09-07_Fachkraeftemangel_07f.pdf

AnsprechpartnerInnen für Nachfragen:



Silvia Schön, arbeitsmarktpolitische Sprecherin
silvia.schoen@gruene-bremen.de
(Tel.: 3011-231)



Frank Willmann, wirtschaftspolitischer Sprecher
frank.willmann@gruene-bremen.de
(Tel.: 3011-210)



Andrea Quick, Referentin für Arbeit, Frauen und Gesundheit
andrea.quick@gruene-bremen.de
(Tel.: 3011-252)



Christine Möglin, Referentin für Wirtschaft, Finanzen, Häfen und Europa

www.gruene-fraktion-bremen.de

christine.moeglin@gruene-bremen.de

(Tel.: 3011-247)

Sie möchten diesen Newsletter-Service nicht länger nutzen oder Ihre persönlichen Einstellungen ändern? Dann klicken Sie bitte hier:

<http://mail.gruene-mail.de/mailman/listinfo/arbeit-wirtschaft-haefen>

Für Inhalte externer Links und Publikationen übernimmt die Bürgerschaftsfraktion von *Bündnis 90/DIE GRÜNEN* keine Haftung.